

Stefan Nünlist, Olten



# Verantwortung übernehmen

Präsidiale Gedanken

Viele Freisinnige wünschen sich eine verstärkte bürgerliche Zusammenarbeit. Nur so können wir das immerwährende rot-grüne Wunschkonzert stoppen, Bewährtes stärken und die Zukunft erfolgreich gestalten.

## Wahlen und Budgetreferendum

Die Wahlen im Kanton Waadt oder das erfolgreiche Budgetreferendum in Olten vom Februar zeigen, was bürgerliche Zusammenarbeit bewirken kann. Klappt die Zusammenarbeit in anderen Kantonen oder auf Stufe Gemeinde, tun wir Solothurnerinnen und Solothurner uns schwer damit. Es gelingt uns Bürgerlichen selten, uns für Wahlen oder Sachvorlagen zusammenzurufen. Der von Fraktionspräsident Markus Spielmann und mir lancierte Aufruf an die SVP zur konstruktiven Zusammenarbeit löste eine Welle entrüsteter Leserbriefe aus. Doch lassen wir uns davon nicht beirren. Politik ist und bleibt die Kunst des Möglichen. Verantwortung übernehmen heisst Probleme anpacken und lösen, etwas bewirken und verändern. Dies bedingt Mehrheiten im Parlament und im Volk. Einfluss und Mehrheiten gewinnt man mit besseren Argumenten und Köpfen, aber auch mit Kooperationsfähigkeit und einer gewissen Kompromissbereitschaft. Ständiger Wahlkampfmodus und das Beharren auf Maximalforde-

rungen bremsen unser Land und bringen uns nicht weiter.

## Steuerinitiative «Jetz si mir draa»

Ein gutes Beispiel für gemeinsames, weit über bürgerliche Zusammenarbeit hinausgehendes politisches Handeln ist die anstehende Volksabstimmung über die Steuerinitiative «Jetz si mir draa». Während Jahren kämpfen wir Freisinnige für eine Reduktion der Steuerbelastung im Kanton Solothurn. Vor zwei Jahren ist es uns im zweiten Anlauf gelungen, die Gewinnsteuern für die Unternehmen mit der «STAF-Vorlage» zu senken. In einem nächsten Schritt geht es nun um Steuerentlastungen für natürliche Personen. Selbstverständlich wäre das Ziel der Initiative «Jetz si mir draa», die Solothurner Steuerbelastung auf den Schweizer Schnitt zu senken, erstrebenswert. Der damit verbundene Ausfall für Kanton und Gemeinden ist aber nicht verkraftbar, dafür fehlt uns schlicht das notwendige Steuersubstrat. Daher setzt der vom Freisinn massgebend mit-



geprägte Gegenvorschlag bei den tieferen und mittleren Einkommen an. Da ist die Belastung im Schweizer Vergleich überproportional und der Handlungsbedarf gross. Aus freisinniger Sicht ist der Gegenvorschlag eine gute Vorlage mit Augenmass: Von der Vorlage profitieren viele, auch freisinnige Wählerinnen und Wähler wie etwa Rentnerinnen und Rentner, Familien mit Kindern und auch Gewerbetreibende und Einzelunternehmen. Mit der Erhöhung der Abzüge für die Kinderbetreuung setzen wir das freisinnige Postulat um, dass sich Arbeit lohnen muss, um gut ausgebildete Frauen im Erwerbsprozess zu halten. Schlau ist, dass unser freisinniger Finanzdirektor Peter Hodel bereits im Regierungsrat durchsetzen konnte, die umstrittene Revision des Katasterwertes losgelöst von der Steuerreform anzugehen. Und schliesslich sind die mit dem Gegenvorschlag verbundenen Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden – auch wenn das deren finanziellen Anspannungsgrad teilweise erhöht – tragbar. Die entsprechenden Befürchtungen des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden sind ernst zu nehmen und zu adressieren. Aber aufgrund dieser Befürchtungen zum Gegenvorschlag «Nein» zu sagen, ist falsch und käme aus freisinniger Sicht einem verschossenen Penalty gleich.

## Begrenzung des Pendlerabzugs

Wie bei jedem Kompromiss mussten wir Freisinnige im Kantonsrat auch Kröten schlucken, so etwa die Begrenzung des Pendlerabzuges auf 7000 Franken. Klar wäre es uns lieber gewesen, die bisherige, unbeschränkte Praxis beizubehalten. Aber die Kunst der Politik besteht darin, auf Kurs zu bleiben und gemeinsam mit den anderen Akteuren Lösungen zu finden. Entsprechend gehen wir mit einer breiten Allianz von Grün, Rot, GLP, Mitte bis hin zur FDP in die für die Attraktivität und die Zukunft unseres Kantons wichtige Volksabstimmung. Bedauerlich ist, dass wir uns mit der SVP im Kantonsrat nicht einigen konnten. Aber Regierungsfähigkeit setzt eben auch die Bereitschaft voraus, Kompromisse zu schliessen, zu Lösungen Hand zu bieten und Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

**Stefan Nünlist**  
Kantonsrat und Parteipräsident